

# Unruhe in den Städten

*Karsten Zimmermann, TU Darmstadt*

Meine Damen und Herren,  
ich danke sehr für diese Einladung und damit für die Gelegenheit, zu ihnen über die Frage zu sprechen, was Städte bewegt und was Städte ausmacht. Der Titel, der mir hier zugedacht wurde, bietet natürlich reichlichen Anlass, um auf aktuelle Ereignisse und Entwicklungen in verschiedenen Städten Bezug zu nehmen. Hier drängt sich zunächst der arabische Frühling auf, der von vielen Experten als ein städtisches Phänomen gesehen wird, weil die Proteste in den Städten stattfanden, von Städten ausgingen und weil bestimmte Plätze, Viertel oder Straßenzüge letztlich zu den zentralen Schauplätzen der Demonstrationen gehörten (Lopes de Souza/Lipietz 2011). Auch die Unruhen, die in den letzten Jahren in englischen, griechischen und französischen Städten stattfanden und offenbar die Unzufriedenheit insbesondere von perspektivlosen Jugendlichen zum Ausdruck brachten, müssen an dieser Stelle erwähnt werden. Die Frage, die wir als Stadtforscher uns stellen ist: Was ist daran städtisch? Was sagt uns das über die Städte, in denen diese Proteste stattfinden? Oder sind die teils gewaltsamen Auseinandersetzungen lediglich Symptome allgemeiner gesellschaftlicher Verwerfungen? Ich möchte daher zunächst etwas grundsätzlicher über den Gegenstand Stadt sprechen und ihnen unser Verständnis der Stadt näher bringen, um von dort aus wieder auf den Aspekt der Unruhe in den Städten zurückzukommen. Mit uns ist in diesem Fall eine Gruppe von Stadtforschern der Technischen Universität Darmstadt gemeint, die überwiegend aus Sozialwissenschaftlern und Historikern besteht, an der aber auch Planer, Architekten und Immobilienökonominnen beteiligt sind. Wir betrachten und vergleichen Städte entlang zweier Merkmale: Heterogenität und Verdichtung. Diese beiden Merkmale sind es, die unserer Meinung nach die Stadt als raumstrukturelle Form und Form der Vergesellschaftung ausmachen.

Aufbauend auf dieser Definition werde ich dann zwei Positionen aus der aktuellen wissenschaftlichen Debatte wiedergeben, die jeweils bestimmte Perspektiven auf die Stadt vertreten und bestimmte Leistungen und Charakteristika der Stadt beschreiben. Eine sieht die Stadt als stete Quelle der technischen und gesellschaftlichen Innovation. Die andere sieht Städte als Risikozone und potentiell krisenbehafteten Raum, was regelmäßig auch in Konflikten seinen Ausdruck findet. Dann ist aber zu fragen, wie der Zusammenhang zwischen Stadt und sozialen Bewegungen überhaupt hergestellt werden kann. Handelt es sich überhaupt um soziale Bewegungen oder eher um kleine Gruppen von Unzufriedenen in heterogenen Stadtgesellschaften? Wächst mit der Heterogenisierung der Stadtgesellschaft die Zahl dieser kleinen Gruppen? Wie verhält sich das zur repräsentativen Mehrheit und den adäquaten Modi der Entscheidungsfindung? Das sind Fragen, auf die ich im Folgenden eingehen möchte. Sie werden an diesen zuletzt genannten Fragen bemerkt haben, dass ich von Haus aus Politikwissenschaftler bin. Aber zunächst zum Gegenstand Stadt.

## Der Gegenstand Stadt

Für unser Verständnis der Stadt sind drei Begriffe zentral: Verdichtung, Heterogenität und Inklusion. Stadt verstehen wir nicht als Gebietskörperschaft oder bebaute Umgebung, sondern als eine Form der Vergesellschaftung, für die die beiden Merkmale Verdichtung und Heterogenität die entscheidenden Parameter bilden. Ich beziehe mich hier auf den Darmstädter Stadtsoziologen Helmuth Berking (Berking 2008). Dichte oder Verdichtung verstehen wir dabei sowohl quantitativ als auch qualitativ: In quantitativer Hinsicht bezeichnet Dichte die „Steigerung von Kontaktflächen und Erfahrungsmöglichkeiten“ (ebd.), also die Vielzahl von möglichen Begegnungen auf engstem Raum in der Stadt. Die qualitative Dimension bezieht sich auf die „Intensitätssteigerung“ durch die Vielgestaltigkeit der Kontakte. Dies schließt die Möglichkeit der Erfahrung von Fremdheit ein, auf die bereits Georg Simmel aufmerksam gemacht hatte. Heterogenität als das zweite wichtige Merkmal lässt sich als Gleichzeitigkeit des Unterschiedlichen begreifen, während Dichte als dessen lokale Verwobenheit betrachtet werden kann (Berking 2008: 20; vgl. auch Frank 2012). Die meisten der möglichen Begegnungen in der Stadt bleiben dabei unverbindlich, das kennzeichnet das städtische Zusammenleben. Die zahlreichen Begegnungen mit relativ niedrigem sozialem Verpflichtungsgrad im Stadtraum, die auf der Ebene von Face-to-face-Interaktionen trivial erscheinen mögen, bilden aus der Sicht der Stadtsoziologie einen wesentlichen Teil städtischer Vergesellschaftung (Berking 2008: 20-21; Held 2008). Mit Hilfe dieser beiden Merkmale lässt sich das Städtische gut beschreiben. Als dichte und heterogene räumliche Gebilde unterscheiden sich Städte vom Land oder von der so genannten Zwischenstadt (also dem locker besiedelten suburbanen Raum der Vororte, der in der Regel weder siedlungsstrukturell noch als sozialer Erfahrungsraum verdichtet ist und sozialstrukturell eher homogen ist). Entgegen der weit verbreiteten Annahme, die städtische Lebensweise seit mittlerweile überall vorzufinden lässt sich also behaupten: Nicht alles und nicht überall ist Stadt (Frank 2012).

Andererseits gibt es natürlich graduelle Unterschiede zwischen Städten, die entlang der beiden Kategorien gefasst und miteinander verglichen werden können.

So verstanden setzt das Prinzip Stadt als Verbindung von Heterogenität und Verdichtung auf Inklusion, da im Grunde jeder die Stadt betreten darf (Berking 2008; vgl. auch Held 2008). Hier ist allerdings nicht die sozialstaatliche Inklusion gemeint (etwa über den Arbeitsmarkt oder staatliche Transferleistungen), sondern raumsoziologisch gesprochen bezeichnet „Inklusion“ vielmehr die prinzipielle *Zugänglichkeit* der modernen Stadt für alle, die sich in ihr aufhalten oder in ihr siedeln wollen. Für uns verbindet sich damit die zentrale Frage, wie man als Fremder oder Neuling zum Teil der Stadt wird, wie man also ein Stuttgarter, Münchner oder Berliner wird, und zwar nicht im formalen Sinne (also über das Einwohnermeldeamt), sondern in der Alltagspraxis. Wir wissen aus einer Studie zur Stadt Mannheim, dass sich türkischstämmige Jugendliche dort in erster Linie als Mannheimer sehen, aber nicht als Deutsche oder Türken (Technische Universität Darmstadt 2011). Der Nationalstaat und die ihm entsprechende Gesellschaft verliert offenbar an Bedeutung als Bezugspunkt für Identifikationen. Die herausfordernde These, die sich da aufdrängt ist: Städte werden zur ersten Instanz der Vergesellschaftung.

Diesen Aspekt möchte ich gern hervorheben, denn es gibt bis heute ein vergleichsweise geringes Wissen über „das Spezifische der Vergesellschaftungsform Stadt“ auf der einen und über die Differenz zwischen Städten und „die Besonderheit dieser Stadt“ auf der anderen Seite (Löw 2008; Frank 2012). Wann und wie werden Stuttgart, München oder Frankfurt zur gelebten Selbstverständlichkeit und damit auch zum Bezugspunkt von Identitätsbehauptungen, die unter Umständen zum Motiv für Proteste werden?

Wir folgen in unserem Ansatz dabei dem französischen Stadtforscher Henri Lefèbvre (1996). Laut Lefèbvre drängt sich die Stadt den Menschen auf wie eine Sprache, sie lenkt das Handeln in bestimmte Bahnen, und zugleich realisiert sich Stadt erst durch dieses Handeln. Auf dieser Grundlage forderte Lefèbvre die Soziologie dazu auf, ihren Blick nicht mehr nur auf gesellschaftliche Strukturen, sondern verstärkt auch auf Städte und ihre Spezifik zu lenken. Jede Stadt bildet im Verlauf ihrer Geschichte eine stabile kulturelle Disposition aus, eine Art Charakter, der bedingt, dass auf gleiche ökonomische oder politische Probleme von Stadt zu Stadt ganz unterschiedlich reagiert werde (Frank 2012; Zimmermann 2008). Städte sind also Sinnwelten, denen man sich kaum entziehen kann, sie legen lokal spezifische Wahrnehmungs- und Handlungsschemata nahe, die sich in den Ort eingeschrieben haben. Hierfür haben den Begriff der Eigenlogik der Stadt reserviert. Dieser Befund ist für Akteure, die mit ähnlichen Intentionen in ganz unterschiedlichen städtischen Kontexten aktiv sind, sicher von Bedeutung. Wir wissen aus vergleichenden Analysen, dass Arbeitslosigkeit in Dortmund anders interpretiert wird als in München, nämlich als Teil einer gesellschaftlichen Problemlage, aufgrund der Betroffenheit ganzer Gruppen. In München dagegen wird Arbeitslosigkeit als individuelles Schicksal von Alleinerziehenden, Älteren oder Migranten interpretiert.

Diese Frage nach der spezifischen Vergesellschaftungsform Stadt ist angesichts aktueller Diagnosen alles andere als trivial oder nebensächlich. Der englische Soziologe Steven Vertovec etwa treibt den Befund der Verdichtung von Heterogenität auf die Spitze und spricht in dieser Hinsicht von Superdiversität (Vertovec 2010; 2007). Superdiversität in Vertovec's Sinne verweist auf eine komplexe mehrdimensionale Diversifizierung bereits existierender Formen sozialer und kultureller Vielfalt. In deutschen Großstädten wie Frankfurt, Stuttgart und München haben bereits heute mehr als 35 Prozent der Bevölkerung einen Migrationshintergrund, wobei die Bezeichnung Migrationshintergrund ja selbst schon wieder eine Verlegenheit zum Ausdruck bringt, da damit eine Vielzahl von unterschiedlichen Lebenssituationen erfasst wird, die mitunter nicht viel gemein haben. Es überlagern sich unterschiedliche sozio-ökonomische Lebenslagen mit unterschiedlichen formalen Aufenthaltsrechten (Vertovec 2006: 1024). Man mag Superdiversität für einen weiteren, eigentlich überflüssigen Superlativ halten, aber ich glaube, dass Vertovec hier etwas zum Ausdruck bringt, dass die Realität treffend beschreibt und das empirisch und theoretisch eng mit dem Gegenstand Stadt verknüpft ist.

Ich möchte betonen, dass auf der Grundlage der Kategorien Verdichtung, Heterogenität und Inklusion noch keine Bewertung der Qualität des städtischen Zusammenlebens vorgenommen wird. Hier teilt sich die gegenwärtige Debatte wie eingangs schon erwähnt in zwei Lager. Aufgrund der Heterogenität der Lebenslagen und Statusansprüche ist Superdiversität mit Herausforderungen für den lokalen Sozialstaat und für die lokale Demokratie verbunden

(darauf werde ich später zurückkommen). Die Problematik der sozialen Integration in Städten ist ja in den letzten Jahren im Zusammenhang mit dem Programm Soziale Stadt ausführlich diskutiert worden. Andererseits sind Verdichtung und Heterogenität auch jene Merkmale, die das Prinzip Stadt zum Erfolgsmodell gemacht haben. Diese beiden Deutungen der Stadt, die zwischen Krisenszenario einerseits und Ort der kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Innovation andererseits schwanken, prägen die Stadtforschung schon seit geraumer Zeit. Ich möchte ihnen zwei aktuelle Lesarten dieser beiden Positionen gern genauer vorstellen.

### **Der positive Blick auf die Stadt**

Die letztere Position wurde zuletzt durch den Harvard-Ökonomen Edward Glaeser vertreten. In seinem Buch der "Der Triumph der Stadt" hat er den wohl den zurzeit prägnantesten Beitrag zu dieser Debatte geleistet (Glaeser 2011). Ich möchte insbesondere auf den Untertitel hinweisen: "Wie unsere größte Erfindung uns reicher, smarter, grüner, gesünder und glücklicher macht." Wie kommt er zu dieser kühnen Schlussfolgerung? Er illustriert in seinem Buch mit vielen Beispielen die Beharrlichkeit des Prinzips Stadt, das auch er in der Verdichtung des Unterschiedlichen sieht. Gerade die Verdichtung des Unterschiedlichen schafft die Möglichkeit, durch die Kombination von Vielfalt stetig Neues und damit technische Innovationen und Wohlstand zu schaffen. In ähnlicher Weise, wengleich ohne Bezug zur Stadtökonomie, formuliert auch Berking, dass gerade die Reaktionsfähigkeit zwischen heterogensten Elementen in der Stadt zumindest potentiell die unmöglichsten Verbindungen Wirklichkeit werden lässt (Berking 2008: 21).

Diese Eigenschaften gewährleisteten, so Edward Glaser, dass die Strukturkrise der Städte als Orte der industriellen Produktion mehrheitlich überwunden werden konnte. So war New York in den 70er und 80er Jahren das Sinnbild für eine Stadt in der Krise, bevor aus der Industrie- und Hafenstadt schließlich eine global führende Dienstleistungsmetropole werden konnte. Dies ist nach Glaeser auf die heterogene Zusammensetzung der Stadtgesellschaft und die räumliche Nähe zurückzuführen, die neue Ideen entstehen ließ. Als Gegenbeispiel führt er die schrumpfende Automobilstadt Detroit an, der es aufgrund der Homogenität der Branchenstruktur bis heute nicht gelungen ist, die Krise zu überwinden.

Glaeser sieht aber auch eine Überlegenheit der Stadt im Hinblick auf die nachhaltige Entwicklung, weil die Verdichtung Wege verkürzt und somit eine wichtige Voraussetzung für die effiziente Nutzung von Ressourcen bildet. In der Tat stellen sich Stadtpolitiker in Deutschland derzeit als diejenigen dar, die die Energiewende gestalten und leisten können. Ich will aber an dieser Stelle gar nicht so sehr auf die Inhalte der Klimapolitik in sog. Green Cities oder Aspekte der Innovationspolitik in sog. Knowledge Cities eingehen. Mir geht es vielmehr um das, was in dieser Argumentation an Aussagen und Annahmen über die Stadt und ihre Funktionsweise enthalten und zugleich positiv besetzt ist. Dies ist die Verknüpfung von Dichte und Heterogenität, was zugleich eine Absage an die sogenannten Suburbs ist, die zumindest in den USA eine sehr lockere Siedlungsform bilden und zugleich sozial und ökonomisch sehr homogen sind. Ihnen müssen nach Glaeser die positiven Eigenschaften der Stadt abgesprochen werden.

## **Der besorgte Blick auf die Stadt**

Die zweite Interpretation stellt die Widersprüche und Konflikte städtischen Zusammenlebens in den Mittelpunkt, die sich in den vergangenen Jahren immer wieder auch in Protesten und gewalttätigen Auseinandersetzungen in Städten gezeigt haben. Ich erinnere an die Auseinandersetzungen in den französischen Großstädten (insbesondere 2006), die London Riots aus dem letzten Jahr oder die Krawalle in Athen im Jahr 2008 (Sotiris 2010). Die Verdichtung der Erfahrung von Ausgrenzung und Chancenlosigkeit, in manchen Fällen wohl auch der Heterogenität, sofern sie mit sozial-räumlicher Segregation einhergeht, wird gemeinhin als Auslöser dieser Auseinandersetzungen gesehen. Die Stadt ist Ort und Ursache für Armut und Polarisierung vor allem der Arbeitsmärkte (Sassen 1994).

Uns beschäftigt diesbezüglich vor allem eine Frage: Ist das städtisch oder nur ein Symptom allgemeiner gesellschaftlicher Verwerfungen und Konfliktlinien? Ist die Stadt nur Bühne und zufälliger Ort sozialer und politischer Auseinandersetzungen oder ist die Stadt selbst Gegenstand der Auseinandersetzung? Wird ein Recht auf die Stadt zum Ausdruck gebracht und damit die zukünftige Form der Stadt und das Zusammenleben in der Stadt zum Gegenstand der Konflikte? Für viele Proteste etwa gegen G8-Gipfel in Seattle oder Genua, die Occupy-Bewegung oder die Montagsdemonstrationen gegen die Hartz-Reformen kann das nicht behauptet werden.

Hier muss man wohl eine deutliche Trennlinie ziehen zwischen Protesten, deren Motiv das Recht auf die Stadt ist und solchen, die eher allgemeine gesellschaftspolitische Fragestellungen zum Gegenstand haben, für die die Stadt also mehr Bühne als Anlass ist. Für viele kritische Stadtforscher fiel das stets zusammen. Henri Lefèbvre beispielsweise schrieb sein Buch *Die Urbane Revolution* unter dem Eindruck der Proteste im Mai 1968 in Paris, die zwar durch Proteste gegen den Bau von Schnellstraßen in der Stadt und die Zerstörung von Altbauquartieren mit ausgelöst wurden, sich aber schnell zu sozialen Bewegungen entwickelten, die viel stärker gesellschaftspolitisch dachten und handelten (Lefèbvre 1972; Harvey 2008: 28). Man wird also die Trennlinie nicht immer scharf ziehen können.

Zumindest muss aber ein Unterschied gemacht werden zwischen raumbezogenen Konflikten oder Statusansprüchen, in denen ein Anspruch auf "meine" Stadt zum Ausdruck gebracht wird und sozialen Konflikten, also solchen, die durch die prekäre Lebenslage der Betroffenen geprägt werden.

Viele Proteste und öffentlich formulierten Widersprüche etwa gegen den Ausbau des Frankfurter Flughafens, die Weltausstellung in Hannover im Jahr 2000 oder den Umbau des Stuttgarter Hauptbahnhofs artikulieren aber ein Recht auf die Stadt. Dann wäre zu allererst über die Verfahren zu sprechen. Hier bietet sich eine Lesart an, die kritische Stadtforscher derzeit unter dem Stichwort *post-politische Stadt* diskutieren (Swyngedouw 2009; MacLeod 2011). Damit wird eine Entwicklung beschrieben, die einerseits in einer auf Wachstum ausgerichteten sog. unternehmerischen Stadtpolitik die Gefahr der Depolitisierung erkennt, andererseits neue Formen des Protests als Gegenbewegung ausmacht. Gerade die Städte seien nicht nur Ort dieser Auseinandersetzung, sondern als Embleme der globalisierten Wirtschaft deren zentraler Gegenstand. Groß- und Prestigeprojekte sind Ausdruck einer solchen unternehmerischen Stadtpolitik und werden regelmäßig zum Kristallisationspunkt von

Auseinandersetzungen. Die negativen Folgen werden meist ähnlich beschrieben, wobei die Stichhaltigkeit der Argumente im Einzelnen zu prüfen ist: Verlust preiswerten Wohnraums, Verdrängungseffekte, unkontrollierbare Entwicklungen der Kosten, Public Money-Private Profit usw..

In der post-politischen Stadt, so die Autoren, entsteht trotz des Funktionierens der Verfahren der parlamentarischen Entscheidungsfindung und erweiterter Formen der Partizipation eine Unzufriedenheit, der auf die eine oder andere Weise Ausdruck verliehen wird. Als Beispiele und Illustrationen will ich nur die laufenden Auseinandersetzungen um den bereits abgeschlossenen Ausbau der neuen Landebahn am Frankfurter Flughafen nennen, den Umbau des Stuttgarter Hauptbahnhofs oder auch die Weltausstellung EXPO 2000 in Hannover.

Kritisiert wird, dass die Konflikte technokratisch abgearbeitet werden, um Konflikte zu entpolitisieren. Kritisiert wird auch, dass sich bei der Umsetzung von Großprojekten in Form von Public-Private-Partnerships Steuerungsformen verselbständigen, die nur noch zum Teil oder gar nicht mehr von der Kommunalpolitik kontrolliert werden können. Ein gutes Beispiel war die EXPO GmbH, also die Gesellschaft, die sich mit der Planung und Durchführung des Großereignisses befasste. Diese hatte sich schon in den 90er Jahren als Ort weit reichender Entscheidungsfindung verselbständigt und von der Kommunalpolitik distanziert.

Entscheidungsfindung verlagert sich also in ein Geflecht von Experten und privaten Akteuren (sog. Stakeholdern). Gerade diese von vielen gewollte Öffnung des Entscheidungsprozesses hat Folgen in Richtung einer Depolitisierung, weil sich daraus Konfliktvermeidungsstrategien entwickeln und der Verhandlungsspielraum bereits vorher sehr eng festgelegt wird. Auf diese Weise kann derzeit zwar alles politisiert und als entscheidbar dargestellt werden, insbesondere Partialinteressen kleiner Gruppen, andererseits wird der mögliche politische Disput verschoben und der Konflikt nicht wirklich bearbeitet. Es besteht ein Konsenszwang, wo eigentlich kein Konsens mehr möglich ist. So wurde beim Ausbau des Frankfurter Flughafens im Jahr 2000 zunächst ein Mediationsverfahren durchgeführt, dem schloss sich das regionale Dialogforum an, in dem über 8 Jahre lang Folgen und Positionen im Hinblick auf die neue Landebahn diskutiert wurden (Knippenberger 2012). Diese beiden Verfahren wurden mit einer gewissen Vorsicht als erfolgreich bewertet. Die Vereinbarungen zum Nachflugverbot wurden dann aber mit Inbetriebnahme der Landebahn übergangen. Somit konnten die alten Konflikte wieder aufbrechen, es kamen aber auch neue Konflikte hinzu, weil erst mit der Inbetriebnahme die tatsächlichen neuen Betroffenheiten durch veränderte An- und Abflugrouten erkennbar wurden.

Es liegt natürlich nahe, dies hier in Stuttgart am Beispiel der Auseinandersetzungen um den Umbau des Hauptbahnhofs in ähnlicher Weise zu illustrieren. Zweifellos wurden und werden auch hier Visionen einer neuen Urbanität verhandelt, die sich mit Begriffen wie Globalität, Geschwindigkeit und Mobilität auf den Punkt bringen lassen. Gegen diese neue Vision ihrer Stadt wendeten sich nun aus ganz verschiedenen Gründen die Stuttgarter Bürger. Eine zunächst weit verbreitete Diagnose war: es wurden Fehler bei der Kommunikation gemacht. Ähnlich wie beim Frankfurter Flughafen stellt sich allerdings die Frage, ob es sich hier tatsächlich nur um Fehler in der Planungskommunikation handelt. Oder ist es nicht, wie der Planungsforscher Klaus Selle formuliert, vielmehr der Wunsch nach einem gänzlich anderen Umgang mit den Interessen lokaler Akteure? Für die Gegner ging oder geht es nicht

hauptsächlich darum, über Gesprächsangebote mehr oder bessere Argumente präsentiert zu bekommen, die Positionen waren eindeutig markiert. Was hier mit solcher Vehemenz in Frage gestellt wurde, ist das formell korrekte Beteiligungsverfahren selbst, das als solches nicht mehr erkannt und erfahren wird (Selle 2010). In Stuttgart erfolgte das Gesprächsangebot wohl zu spät, in Frankfurt war das Verfahren letztlich nicht ergebnisoffen.

In Hannover, um hier mit der Weltausstellung EXPO 2000 das dritte Beispiel anzuführen, hat man in einer vergleichbaren Situation zunächst anders reagiert. Acht Jahre vor dem Großereignis fand das statt, was nun in Stuttgart von vielen vermisst wurde: Das Offenlegen der Argumente, das öffentliche Diskutieren des Für und Wider in vielen Veranstaltungen in den Stadtteilen. Dann hat man in der Stadt mit einer Postkartenaktion abgestimmt (kein Bürgerentscheid), und es ging sehr knapp aus: 51,5 zu 48,5 Prozent für die Fortsetzung der Weltausstellungsplanungen.

Bei den genannten Beispielen handelt es sich um raumbezogene Konflikte, die ein Unbehagen mit den Verfahren der Entscheidungsfindung zum Ausdruck bringen, die aber auch Ausdruck neuer Statusverhältnisse in der Stadt sein könnten. Unserer Einschätzung nach bilden sich neue Statusverhältnisse heraus, die als weitere Verdichtung von Heterogenität gelesen werden können und die mit neuen Ansprüchen an die Stadt verknüpft werden. Ich will ihnen nur einige wenige Beispiele und Trends nennen, die zum Auslöser dieser Entwicklungen werden können:

- die neuen Urbanisten, also diejenigen, die explizit trotz Familiengründung in der Stadt bleiben, weil sie einen urbanen Lebensstil in bestimmten Quartieren der Stadt pflegen und vielleicht ganz bewusst auf ein Auto verzichten,
- wir sprechen mittlerweile auch über die Rückkehrer. Das sind diejenigen, die mit der Familiengründung aus der Stadt hinaus gezogen sind und ein Einfamilienhaus erworben haben und die jetzt, nachdem die Kinder selbständig geworden sind, wieder in die Stadt ziehen, weil die Nähe zu bestimmten Infrastrukturen gewünscht wird (beispielsweise Kultur, Freizeitgestaltung, medizinische Versorgung, etc.). Die Angebote der Immobilienökonomie sind hier ein guter Indikator. Derzeit werden vielerorts große 2-3 Zimmerwohnungen in gehobener Qualität in City-Lagen für die Gruppe gebaut.
- Des weiteren die kleine Gruppe der sehr gut bezahlten Arbeitnehmer (Stichwort kreative Klasse, high potentials), die ganz sicher nur vorübergehend in der Stadt bleiben, bevor sie ihr Unternehmen an einen anderen Ort dieser Welt schickt, an dem sie wieder bestimmte Voraussetzungen erwarten (internationale Schulen und Kindergärten, hochwertiges Kulturangebot, high end-Wohnen). Um dieses Angebot gewährleisten zu können, setzen sich Unternehmen im Wettbewerb um Talente vor Ort ein.
- Es gibt natürlich weiterhin die große Gruppe der prekären Arbeitnehmer, der exkludierten mit Migrationshintergrund, Flüchtlinge mit unsicheren Status, junge Menschen, die Schwierigkeiten haben, dauerhaft in den Arbeitsmarkt zu kommen, Alleinerziehende, usw.

Die Veränderung der Statusverhältnisse führt zu einer Heterogenität der Statusansprüche, also der Ansprüche, die Stadt in einer bestimmten Weise vorrangig nutzen zu wollen. Diese werden im Bereich der Planung und im Verkehr genauso wie im Bereich der sozialen und kulturellen Dienstleistungen auch jenseits von Großprojekten im alltäglichen Zusammenleben in der Stadt erkennbar. Die US-amerikanische Stadtforscherin Susan Clarke hat hierfür die treffende Formulierung "splintering citizenship" (zersplitterte Bürgerschaft) gewählt. Es werden mehr und es werden immer unterschiedlichere Ansprüche an den lokalen Sozialstaat und die lokale Politik gestellt. Im Bereich der sozialen Dienstleistungen ist die Einlösung von Statusansprüchen meist an formale Kriterien gebunden (Status alleinerziehend, nicht-deutsch, nicht EU-Bürger). In vielen Fällen ist die Anspruchsformulierung aber auch lediglich informell begründet oder bezieht sich auf den Status als Bürger einer Stadt oder Anrainer einer Straße. In den meisten Fällen ist der Adressat für solche Statusansprüche und Identitätsverteidigungen, die jenseits der formalen politischen Mitwirkungsmöglichkeiten geäußert werden, das Rathaus und damit die kommunale Politik und dies hat wiederum Folgen für lokale Wohlfahrtsmodelle, für Planungsprozesse, die lokale Kulturpolitik oder die Verkehrspolitik, da altbekannte Bedürfnisse und damit verknüpfte Konfliktlinien von neuen Anspruchsformulierungen überlagert oder gar verdrängt werden. Damit geht ein gewisses Maß an Berechenbarkeit und Erwartungssicherheit verloren. Dies lässt sich nicht zuletzt am Beispiel der Proteste gegen Stuttgart 21 illustrieren.

Wir wissen aus zwei Ad hoc-Studien zu Stuttgart 21, dass die Teilnehmer der Proteste hinsichtlich ihrer demografischen Merkmale nicht mehr den Protestgruppen entsprechen, die in den 70er und 80er Jahren auf die Straße gingen (ich beziehe mich im Folgenden auf die Studie des Wissenschaftszentrums Berlin sowie des Instituts für Demokratieforschung an der Universität Göttingen).

Beide Studien kommen hinsichtlich der Altersstruktur zu nahezu identischen Ergebnissen: über 60% der Demonstrierenden sind zwischen 40 und 64 Jahre alt, nur 7 % sind jünger als 25 Jahre (WZB Studie, 3). Rentner nehmen immerhin noch einen Anteil von 14% ein. Wir wissen auch, dass der Anteil der gut und sehr gut ausgebildeten Teilnehmer sehr hoch war (fast 50% haben einen Universitäts- oder FH-Abschluss).

Mehr als die Hälfte der Teilnehmer gaben an, zuletzt die Grünen gewählt zu haben. Damit muss man die weit verbreitete Annahme infrage stellen, der Protest käme aus der Mitte der Gesellschaft, wobei insbesondere in Stadtgesellschaften die Frage gestellt werden muss, wer die Mitte der Gesellschaft noch repräsentiert (Stichwort Superdiversität oder splintering citizenship).

Ein weiterer interessanter Befund von Interesse bezieht sich auf den Zeitpunkt, an dem das Engagement gegen Stuttgart 21 ausgelöst wurde. Für die Stuttgarter unter ihnen ist es wahrscheinlich wenig überraschend, dass das zentrale Motiv für immerhin ein Drittel der Befragten die Ablehnung des Bürgerentscheids im Jahr 2007 war (WZB-Studie, 5). Der Beginn der Abrissarbeiten war also nicht für alle das auslösende Ereignis.

Beide Studien haben auch die Protesterfahrung abgefragt. Die WZB-Studie unterscheidet dabei drei Typen von Protestteilnehmern: nur 17,7 % gehören zu den Protesterfahrenen; 26,9 % werden als moderate Protestneulinge bezeichnet. Wichtig sind mir aber die 52,6 % der situativ Engagierten. Diese " bedienen sich vor allem niedrigschwelliger Formen politischen

Engagements und sind wenn, dann meist in die Arbeit von nicht explizit politischen Initiativen und Organisationen eingebunden." WZB Studie, 15) Das bestätigt auch die Göttinger Studie und dies ließe sich am Beispiel der aktuellen Proteste am Frankfurter Flughafen wohl ähnlich illustrieren und gibt eine gewisse Dilemmasituation wieder. Aufgrund der Heterogenität der Stadtgesellschaft beobachten wir auf der einen Seite die Bildung von vielschichtigen Ad hoc-Gruppen und situativen Bündnissen mit unterschiedlichem Organisationsgrad, die sich mit intensiven Präferenzen temporär um ein bestimmte Angelegenheit von öffentlichem Interesse herum konzentriert, weil eine für die eigenen Rechte und Anliegen bedrohliche Entwicklung abgewendet werden soll (die situativ Engagierten). Diese Form der Äußerung des Rechts auf die Stadt wird aber nur bedingt zur festen Größe in der Stadtgesellschaft. Auf der anderen Seite sehen wir das an Legislaturperioden orientierte repräsentative System, das zudem in der Regel über feste Beziehungen zu den sog. Stakeholdern aus Wirtschaft und Verbänden verfügt. Angesichts dieser Situation gibt es wohl kein Allheilmittel, dennoch sind direktdemokratische Verfahren wohl diejenigen Verfahren, die in Zeiten heterogener Stadtgesellschaften als Ergänzung des repräsentativen Systems noch am ehesten eine verträgliche Lösung versprechen können. Zweifellos haben auch direktdemokratische Verfahren ihre Schwächen (Gefahr der Instrumentalisierung durch Parteien, mangelnde Komplexitätsbewältigung). Zumindest dürften sie aber Mediations- und Konsensrunden überlegen sein, sofern diese nicht ergebnisoffen und /oder unverbindlich sind. Mit dieser Einschätzung komme ich zum Ende meines Vortrags, ich hoffe, dass ich ihnen unsere Perspektive auf die Stadt etwas näher bringen konnte und danke für ihre Aufmerksamkeit.

## **Quellen**

- Berking, Helmuth (2008): „Städte lassen sich an ihrem Gang erkennen wie Menschen“ – Skizzen zur Erforschung der Stadt und der Städte. In: Ders./Löw, Martina (Hrsg.): Die Eigenlogik der Städte. Neue Wege für die Stadtforschung. Frankfurt am Main/New York: Campus. 15-31.
- Clarke, Susan E. (2005): Splintering Citizenship and the Prospect for Democratic Inclusion, in Christina Wolbrecht, Rodney E. Hero, Peri E. Arnold und Alwin B. Tillery (Hrsg.) The politics of democratic inclusion. Philadelphia, Pa: Temple University Press, 210–37.
- Frank, Sybille (2012): Eigenlogik der Städte, in: Eckardt, Frank (Hrsg.): Handbuch Stadtsoziologie, Wiesbaden, 289-310.
- Glaeser, Edward (2011): Triumph of the City: How our greatest invention makes us richer, smarter, greener, healthier, and happier. New York.
- Held, Gerd (2008): Der städtische Raum als Voraussetzung des Sozialen. In: Berking, Helmuth/Löw, Martina (Hrsg.): Die Eigenlogik der Städte. Neue Wege für die Stadtforschung. Frankfurt am Main/New York: Campus. 169-206.
- Institut für Demokratieforschung der Universität Göttingen 2010: Neue Dimensionen des Protests? Ergebnisse einer explorativen Studie zu den Protesten gegen Stuttgart 21. Göttingen.
- Knippenberger, Ute (2012): Raumkonflikte und Verfahrensfragen am Flughafen Frankfurt/Main, in: Monstadt, Jochen/Zimmermann, Karsten/Robischon, Tobias/Schönig,

- Barbara (Hrsg.): Die diskutierte Region. Probleme und Planungsansätze der Metropolregion Rhein-Main. Campus: Frankfurt am Main, 277-297.
- Lefèbvre, Henri (1972): Die Revolution der Städte. München: List.
- Lefèbvre, Henri (1996): Writings on Cities. Cambridge/Oxford: Blackwell.
- MacLeod, Gordon (2011): Urban Politics Reconsidered: from Growth Machine to Post-democratic City?, in: Urban Studies, Vol. 48:12, 2629-2660.
- Lopes de Souza, Marcelo/ Lipietz, Barbara (2011): The 'Arab Spring' and the city, in: The 'Arab Spring' and the city, City: analysis of urban trends, culture, theory, policy, action, 15:6, 618-624.
- Löw, Martina (2008): Eigenlogische Strukturen – Differenzen zwischen Städten als konzeptuelle Herausforderung, in: Berking, Helmuth/Dies. (Hrsg.): Eigenlogik der Städte. Neue Wege für die Stadtforschung. Frankfurt am Main/New York: Campus. 33-53.
- Sassen, Saskia (1994): Metropolen des Weltmarkts. New York.
- Selle, Klaus (2010): Stuttgart 21 – nur »schlecht vermittelt«? Warum Großprojekte eine Herausforderung für die lokale politische Kultur bedeuten. In: PNDonline, III 2010
- Simmel, Georg (1984): Die Großstädte und das Geistesleben. In: Ders.: Das Individuum und die Freiheit. Stuttgart: Wagenbach. 192-204.
- Sotiris, Panagiotis (2010): Rebels with a Cause: The December 2008 Greek Youth Movement as the Condensation of Deeper Social and Political Contradictions, in: Internation
- Swyngedouw, Eric (2009): The Antinomies of the Postpolitical City: In Search of a Democratic Politics of Environmental Production, in: International Journal of Urban and Regional Research, Vol. 33.3, 601–620.
- Technische Universität Darmstadt, Schwerpunkt Stadtforschung (2011): Die Mannheim Studie. Zur Eigenlogik Mannheims. Mannheim.  
[http://www.mannheim2020.de/sites/www.mannheim2020.de/files/pdf/mannheim\\_studie\\_flipbook/index.html](http://www.mannheim2020.de/sites/www.mannheim2020.de/files/pdf/mannheim_studie_flipbook/index.html)
- Vertovec, Steven (2006): The emergency of super-diversity in Britain. Working Paper. 25. Centre on Migration, Policy and Society. Oxford.
- (2007): Super-diversity and its implications, in: Ethnic and Racial Studies 30 (6):1024–54.
- (2010): Towards post-multiculturalism? Changing communities, conditions and contexts of diversity, in: International Social Sciences Journal 199: 83-95
- Wirth, Louis (1974): Urbanität als Lebensform. In: Herlyn, Ulfert (Hrsg.): Stadt und Sozialstruktur. München: Nymphenburger Verlag. 42-67.
- Wissenschaftszentrum für Sozialforschung (WZB) (2011) (Dieter Rucht, Britta Baumgarten, Simon Teune, Wolfgang Stuppert), Befragung von Demonstranten gegen Stuttgart 21 am 18.10.2010
- Zimmermann, Karsten (2008): Eigenlogik der Städte – eine politikwissenschaftliche Sicht. In: Berking, Helmuth/Löw, Martina (Hrsg.): Die Eigenlogik der Städte. Neue Wege für die Stadtforschung. Frankfurt am Main/New York: Campus. 207-230.
- Fallstudien (zur Lektüre empfohlen)**
- Berking, Helmuth/Schwenk, Jochen (2010): Hafenstädte. Bremerhaven und Rostock im Vergleich. Frankfurt am Main/New York: Campus

- Löw, Martina/Noller, Peter/Süß, Sabine (Hrsg.) (2010): Typisch Darmstadt. Eine Stadt beschreibt sich selbst. Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Musner, Lutz (2009): Der Geschmack von Wien. Kultur und Habitus einer Stadt. Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Rodenstein, Marianne (2008): Die Eigenart der Städte – Frankfurt und Hamburg im Vergleich. In: Berking, Helmuth/Löw, Martina (Hrsg.): Die Eigenlogik der Städte. Neue Wege für die Stadtforschung. Frankfurt am Main/New York: Campus. 261-311.
- Steets, Silke (2008): „Wir sind die Stadt!“ Kulturelle Netzwerke und die Konstitution städtischer Räume in Leipzig. Frankfurt am Main/New York: Campus.
- Taylor, Ian/Evans, Karen/Fraser, Penny (1996): Tale of Two Cities: Global Change, Local Feeling, and Everyday Life in the North of England. A Study in Manchester and Sheffield. London/New York: Routledge.